

Sebastian Heilmann

Politischer Wandel in China und die Chancen des Westens

Die Volksrepublik China besitzt ein zwiespältiges Image im Westen. Ein Teil der Politiker und Geschäftsleute bewundert die außerordentliche wirtschaftliche Dynamik und vertraut auf die Wirkung der unsichtbaren Hand der Marktwirtschaft, die auch in China den Weg zu einer politischen Neuordnung weisen werde. Hingegen sehen politische Skeptiker nicht die unsichtbare Hand des Marktes am Werk, sondern die eiserne Faust einer totalitären Diktatur, die alle Ansätze zu politischer Erneuerung im Keime erstickt. Einerseits wirtschaftliche Dynamik - andererseits politische Erstarrung; das ist das schizophrene Bild, das häufig durch die Chinadarstellung in Politik und Medien vermittelt wird.

Das Bild der politischen Erstarrung wird den tatsächlichen Entwicklungen in China nicht gerecht. Zwar ist die Kommunistische Partei bis heute nicht bereit, ihr Machtmonopol durch konkurrierende politische Organisationen oder unabhängige Kontrollinstanzen einschränken zu lassen. Dennoch sind als Folge der Wirtschaftsreformen und der Öffnungspolitik Veränderungen im politischen System in Gang gekommen.

Um eine nüchterne Analyse heutiger und künftiger Entwicklungen in China zu ermöglichen, müssen vier verbreitete Zerrbilder korrigiert werden:

- die Charakterisierung des kommunistischen Regimes als unwandelbares totalitäres System;
- die Annahme, Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie entsprängen in China einer breiten Volksbewegung;
- das Urteil, daß die chinesische Armee ein monolithisches Unterdrückungsinstrument der Kommunistischen Partei sei;
- die Befürchtung, daß das aufstrebende Reich der Mitte sich nicht in internationale Regelwerke und multilaterale Zusammenarbeit einbinden lasse.

Politisch-institutioneller Wandel

Was Reformen im Bereich des Wirtschaftssystems angeht, so hat sich die kommunistische Führung Chinas als außerordentlich flexibel erwiesen: Indem die Entstehung von Märkten, eines privaten Wirtschaftssektors und die außenwirtschaftliche Öffnung zugelassen wurde, ist eine umfassende Transformation der Wirtschaftsordnung in Gang

gesetzt worden. Mit dem Bekenntnis zur "sozialistischen Marktwirtschaft" 1992 wurde eine ordnungspolitische Neuorientierung gegenüber dem planwirtschaftlichen Erbe vollzogen. Mit dem wirtschaftlichen Umbruch sehen sich Partei und Staatsverwaltung völlig neuen Anforderungen gegenüber. Der umfassende Kontrollanspruch eines totalitären Regimes, das eine Vereinnahmung jeder Form gesellschaftlichen Eigenlebens und eine Verschmelzung von Staat und Wirtschaft anstrebt, läßt sich immer weniger aufrechterhalten. Die Kommandohierarchie der Partei kann die dezentralen, spontanen Kräfte des Marktes nur noch unvollständig kontrollieren.

Hinter den erstarrt scheinenden, leninistischen Fassaden der Kommunistischen Partei hat sich ein Wandel vollzogen: Parteiorganisation und Funktionärschicht haben sich als Ergebnis der Wirtschaftsreformen neue politische Funktionen und Interessen zu eigen gemacht. Die ideologische Kontrolle, die zu Maos Zeiten im Mittelpunkt der Parteiarbeit stand, tritt immer stärker hinter Bemühungen um Wirtschaftsförderung und Unternehmensreform zurück. In den wirtschaftlich dynamischen Regionen Chinas hat eine umfassende Ökonomisierung des politischen Denkens und Handelns unter den Parteifunktionären auf allen Ebenen eingesetzt. Marxistisch-leninistische Prinzipien können zur praktischen Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme kaum mehr etwas beitragen. In Parteidokumenten wird deshalb vor einer tiefen Identitätskrise auf allen Ebenen der Parteiorganisation gewarnt: zum Teil zögen selbst hochrangige Funktionäre die Grundprinzipien des Sozialismus in Frage und wüßten nicht mehr, wofür die Partei unter den veränderten Bedingungen noch stehe. Die wachsende Vielfalt von politischen Standpunkten unter den Parteimitgliedern steht im Widerspruch zu den autoritären Strukturen der Parteiorganisation. Hier zeigen sich Ansätze zu einer innerparteilichen Pluralisierung, die nur noch zum Teil eine Folge der altbekannten innerparteilichen Flügelkämpfe, sondern vielmehr ein Reflex der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Vielfalt in China ist.

Richtungweisende Veränderungen des Regierungssystems sind auch im Verhältnis zwischen Zentralregierung und regionalen Führungen in Gang gekommen. Obwohl der chinesischen Staatsordnung und der Kommunistischen Partei zentralistische Organisationsprinzipien zugrundeliegen, erfuhr im Laufe der Reform- und Öffnungspolitik das Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen eine qualitative Veränderung. Indem den Provinzführungen weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungs- und Verfügungsrechte sowie Gesetzgebungskompetenzen eingeräumt wurden, bildeten sich neue Grundmuster der politischen Willensbildung und Interessendurchsetzung heraus. Die Beijinger Zentrale kann die eigenwilligen regionalen Führungen nicht mehr so strikt wie früher auf die nationale Politik verpflichten: Die Zeit der Kommandowirtschaft und der ideologischen Disziplinierungskampagnen ist vorbei.

An die Stelle der früheren Kommandohierarchie ist ein mehrstufiges System permanenter Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Führungsebenen in Beijing, den Provinzen, Großstädten und Sonderwirtschaftszonen getreten. Die Beijinger Zentrale muß auf gewachsene regionale Sonderinteressen Rücksicht nehmen

und anerkennt inzwischen offiziell die Notwendigkeit einer "rationalen Aufteilung der Kompetenzbereiche" zwischen Zentrale und Regionen. Was sich zuvor schon im Bereich der Wirtschaftsgesetzgebung etabliert hatte, ist mit der umfassenden Reform der Finanzordnung 1993/94 auch im Bereich der staatlichen Haushaltspolitik festgeschrieben worden: Die formelle Trennung von Kompetenzbereichen zwischen Zentrale und Regionen führt zu einer Begrenzung zentralstaatlicher Machtbefugnisse und zu einer "vertikalen Gewaltenteilung", wie sie eigentlich für föderale Systeme typisch ist. Diese Kräfteverschiebungen könnten den Weg zu einer föderalen Neuordnung der zentralistischen Staatsverfassung bereiten, auch wenn eine so umfassende staatliche Reorganisation für die Beijinger Führung zur Zeit noch außer Frage steht.

Ein zukunftssträchtiger institutioneller Wandel zeigt sich auch im chinesischen Verbändewesen. Seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 sind vielfältige neue Formen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vereinigungen in China entstanden: Industrie- und Unternehmerverbände, Wissenschaftler- und Ingenieursvereinigungen sowie zahlreiche andere spezialisierte Organisationen. Gegenwärtig sind auf nationaler Ebene 1.810 Verbandsorganisationen registriert. Auf Provinz- und Kreisebene gibt es insgesamt mehr als 200.000 solcher Vereinigungen. Diese Zahlen verdeutlichen eine unspektakuläre, aber bedeutsame institutionelle Neuerung: Im politischen System der VR China ist eine intermediäre Ebene zwischen Partei und Staat einerseits sowie Wirtschaft und Gesellschaft andererseits im Entstehen begriffen.

Bis in die siebziger Jahre hinein waren nur einige wenige von der Partei installierte "Massenorganisationen" zugelassen worden. Sie fungierten als "Transmissionsriemen" für Parteidirektiven im Rahmen eines leninistischen Kommandosystems. Mit der Zulassung einer Vielzahl neuer Organisationen und Verbände im Laufe der achtziger Jahre reagierte das kommunistische Regime auf die Differenzierung des Wirtschaftslebens, das sich mit den überkommenen Kontrollstrukturen der KPCh nur noch unvollständig beaufsichtigen läßt: Im besonders dynamischen nicht-staatlichen Sektor der Wirtschaft ist die Parteiorganisation nicht mehr flächendeckend präsent. Deshalb bemüht sich die kommunistische Führung, in Ergänzung zu den geschwächten Strukturen direkter Parteikontrolle ein System indirekter Aufsicht mit Hilfe staatlich lizenzierter Verbandsorgane zu errichten. Der organisatorischen Autonomie sind im Rahmen dieser neuen Strukturen enge Grenzen gesetzt. Chinesische Verbände sind Teil eines autoritären Staatskorporatismus und können nur bedingt als "pressure groups" im Dienste der von ihnen vertretenen Klientel fungieren. Im Falle einer weiteren Schwächung der KP-Kontrollstrukturen aber werden sich Möglichkeiten zur Bildung autonomer gesellschaftlicher Organisationen bieten, die eine unabhängigere Interessenartikulation gegenüber dem Staat ermöglichen.

Die politischen Veränderungen, die in den Kontrollstrukturen der Partei, in den Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen und im Verbändewesen sichtbar werden, verdeutlichen, wie weit sich das heutige Herrschaftssystem von der totalitären Ordnung der Mao-Ära entfernt hat. Die westlichen Demokratien können diese Entwicklung fördern etwa durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen,

kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, durch regelmäßigen Austausch zwischen Unternehmervereinigungen beziehungsweise Industrie- und Handelskammern, durch die Unterstützung der ländlichen lokalen Selbstverwaltung im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten oder auch durch Kontakte zu innerchinesischen Religionsgemeinschaften. Solche Beziehungen, die im Laufe der chinesischen Öffnungspolitik erleichtert worden sind, tragen zur Selbstbehauptung gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen gegenüber staatlicher Autorität bei.

Menschenrechte und Demokratie

Eines der einflußreichsten Zerrbilder in der öffentlichen Wahrnehmung Chinas besteht in der Annahme, daß Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie einer breiten innerchinesischen Volksbewegung entsprängen, wie sie sich in der Protestbewegung von 1989 manifestiert habe. Darauf gründet sich die trügerische Hoffnung, daß eine demokratische Opposition zur Übernahme der politischen Verantwortung bereitstehe, sobald das kommunistische Regime stürze.

Die Studentenproteste von 1989 sind in den westlichen Medien als antikommunistische Demokratiebewegung präsentiert worden. Diese Darstellung wird durch die persönlichen Berichte ins Ausland entkommener Aktivisten und durch heute vorliegende umfangreiche Dokumentationen der Ereignisse in Frage gestellt: Die einigende Triebkraft der Bewegung bildeten nicht Forderungen nach einem Systemwechsel und nach einer Demokratisierung, wie es westlichem Wunsdenken entspricht. Im Zentrum stand vielmehr der Protest gegen negative Folgeerscheinungen der Wirtschaftsreformen wie Inflation, Korruption und Machtmißbrauch. Einer der Studentenfürher bekannte im nachhinein offen, daß die meisten Demonstranten "nicht genau wußten, was Demokratie eigentlich war und wie man sie organisieren sollte". Die Mehrheit der Demonstranten sei für eine Mäßigung und Lockerung der politischen Herrschaft, kaum einer aber für den Sturz der Kommunistischen Partei eingetreten.

Großen Unmut in der chinesischen Bevölkerung erregen seit Jahren Mißstände wie die grassierende Korruption und die Behördenwillkür. Der Wunsch nach einer Begrenzung willkürlicher Herrschaftsausübung nimmt mit der zunehmenden privaten Wirtschaftstätigkeit und dem verbesserten Bildungs- und Informationsstand der Bevölkerung zu. Auch die Parteimedien kritisieren mehr oder weniger offen diese Mißstände. Das verbreitete Interesse an einer verantwortlichen, inkorrupten und berechenbaren Form des Regierens wird bislang allerdings nur selten mit Forderungen nach politischen Mitwirkungsrechten verbunden. Vielmehr wird von vielen Chinesen eine Regierung der starken Hand, die unter den schwankenden Bedingungen des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs Stabilität und Ordnung garantiert, für notwendig gehalten. Die Angst vor dem Chaos geht um. Sie wird von der halsbrecherischen Geschwindigkeit des Wandels und von Ängsten vor einem umfassenden Ordnungszusammenbruch wie in der ehemaligen Sowjetunion genährt.

Ein Blick auf die Reaktionen, die die amerikanische Menschenrechtspolitik innerhalb der chinesischen Gesellschaft auslöst, macht die Grenzen einer menschenrechtspoliti-

schen Einwirkung auf China deutlich: In beachtlichen Teilen der patriotisch-nationalistisch gestimmten chinesischen Bevölkerung treffen die westlichen Vorhaltungen gegenüber der VR China auf Unverständnis, ja sogar auf offene Ablehnung. Viele ansonsten KP-kritische Chinesen halten dem Westen vor, die Menschenrechtsfrage als machtpolitisches Druckmittel unter einem moralischen Deckmantel einzusetzen, um den Aufstieg Chinas in der Weltpolitik zu behindern. Solche aus westlicher Sicht unerwarteten Reaktionen mögen eine Folge jahrzehntelanger Propaganda in der VR China darstellen. Die zugrundeliegende Abwehrhaltung gegenüber chinakritischen Menschenrechtsinitiativen des Westens sollte jedoch keinesfalls unterschätzt werden: Die kommunistische Führung kann, wenn sie die "patriotische Karte" spielt, im Konflikt mit dem Westen auf breiten Rückhalt in der Bevölkerung zählen.

Die politische Rolle der Armee

Die Position der "Volksbefreiungsarmee" im politischen System ist ein weiterer Gegenstand verzerrender Darstellungen der innerchinesischen Situation. Die chinesische Armee wurde im Zusammenhang mit einem Truppenbesuch des Bundeskanzlers in der öffentlichen Diskussion vielfach als willfähiges Unterdrückungsinstrument der kommunistischen Führung dargestellt. In der Tat hätte die Kommunistische Partei 1989 ohne das entscheidende Eingreifen der Armee ihr Machtmonopol aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aufrechterhalten können. Dennoch ist das chinesische Militär keine monolithische Organisation. 1989 hatte eine Gruppe hochrangiger Veteranenoffiziere von einer militärischen Niederschlagung der Demonstrationen nachdrücklich, aber erfolglos abgeraten. Hunderte von Offizieren und Soldaten wurden damals wegen Nichtbefolgung der Einsatzbefehle vor Militärgerichte gestellt und zum Teil hingerichtet. Darüber hinaus unterliegt die Stellung des Militärs im politischen System der VR China seit den achtziger Jahren weitreichenden Veränderungen, die sich in der zunehmenden Differenzierung zwischen Partei und Armee sowie in den regen Geschäftsaktivitäten der Armee manifestieren.

Während die revolutionäre Führungsgeneration Deng Xiaopings sich durch das Fehlen einer strikten Trennung zwischen ziviler und militärischer Laufbahn auszeichnete, sind seit den achtziger Jahren erhebliche Veränderungen in den Karrieremustern der Spitzenvertreter des Regimes zu vermerken. Führende Parteifunktionäre wie Jiang Zemin oder Li Peng haben keinerlei Erfahrung mit einem Dienst im Militär. Andererseits wird auch schon die nächste Generation von Generälen über keine Arbeitserfahrung im zivilen Parteiapparat mehr verfügen. Die Unterschiede zur Generation der Revolutionsveteranen sind somit groß: Künftigen Partei- und Militärführern wird nicht nur die prägende Erfahrung des gemeinsamen revolutionären Kampfes fehlen, auch ihre Ausbildungsgänge und ihre politische Sozialisation werden sich grundsätzlich unterscheiden. Eine solche Entwicklung könnte ähnlich wie in der ehemaligen Sowjetunion zu einer Differenzierung politischer und militärischer Kompetenzbereiche führen, die letztlich die Parteikontrolle über die Armee schwächt. Die nachrevolutionäre Generation chinesischer Militärs, die noch in den neunziger Jahren in höchste Kommandopositionen aufsteigen wird, könnte eine unabhängigere Stellung

des Militärs gegenüber der Parteiführung beanspruchen und sich damit als eigenständige Kraft in der künftigen politischen Entwicklung erweisen.

Die Bedeutung der Volksbefreiungsarmee beschränkt sich keineswegs auf militärische und politische Fragen. Als "Produktionsarmee" haben die kommunistischen Streitkräfte seit ihrer Gründung Tausende von Armeebetrieben zur eigenständigen Versorgung der Truppen unterhalten. Als Folge der Wirtschaftsreformpolitik hat die chinesische Armee ihre unternehmerischen Aktivitäten beträchtlich ausgeweitet. Sie schließt inzwischen eine große Zahl von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ein, die mit Rüstungsproduktion oder logistischen Aufgaben nur noch am Rande zu tun haben. Schätzungsweise 20.000 Unternehmen gehören heute zum Wirtschaftsimperium der Armee. Auch ist inzwischen eine große Zahl von Gemeinschaftsunternehmen mit Partnern aus dem Ausland begründet worden. Die Kommerzialisierung innermilitärischer Interessen und Aktivitäten schreitet weiter voran und sorgt für wachsende Spannungen in den militärischen Kommando- und politischen Kontrollstrukturen. Das Militär ist zu einem außerordentlich wichtigen Mitspieler auf dem Feld der chinesischen Wirtschaft geworden. Die an unternehmerischen Aktivitäten beteiligten Armeeführer haben deshalb ein starkes Interesse am Fortgang des wirtschaftlichen Umbaus und an der außenwirtschaftlichen Öffnung.

Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen des Bundeskanzlers um gute Kontakte zur chinesischen Armee gerechtfertigt: Die Volksbefreiungsarmee spielt eine Schlüsselrolle in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. So ist es nur folgerichtig, das Militär in die politischen Beziehungen einzubeziehen, auch wenn solche Kontakte nur in einer längerfristigen Perspektive politischen Ertrag bringen werden.

Politische Wirkungen von Handelsbeziehungen

Ein viertes Zerrbild bezieht sich auf die Einbindung Chinas in die internationale Zusammenarbeit. Häufig wird darauf hingewiesen, daß die Volksrepublik China in der internationalen Politik wie ein klassischer Nationalstaat des 19. Jahrhunderts agiere: Die chinesische Führung sehe die internationalen Beziehungen als "Nullsummenspiel", in dem Staaten um die Mehrung der nationalen Macht auf Kosten anderer ringen. Darüber hinaus bestehe ein tiefes Mißtrauen gegenüber der Bindung an multilaterale Abkommen und Regelwerke.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die Beijinger Führung anstrebt, für China eine zentrale, machtvolle Position in der Weltordnung zurückzugewinnen, wie ihn das "Reich der Mitte" im traditionellen chinesischen Weltverständnis eingenommen hatte. Beijing macht auch keinen Hehl daraus, daß die wirtschaftliche und militärische Modernisierung der Mehrung der "umfassenden nationalen Stärke" dienen soll. In Fragen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität - hierzu zählen aus Beijinger Sicht die Taiwan-Frage, die Übernahme Hongkongs und der Anspruch auf die Spratly-Inseln - zeigt sich China Kompromißlos und aggressiv.

Nicht haltbar ist jedoch die These, China agiere stets als unbändiger Nationalstaat in der Weltpolitik und sei zur internationalen Zusammenarbeit grundsätzlich nicht bereit. Im Zusammenhang mit den Bemühungen, das Land nach den blutigen Unterdrückungsmaßnahmen von 1989 auf internationaler Ebene zu rehabilitieren, erkannte die Beijinger Diplomatie, daß die aktive Mitwirkung in internationalen Institutionen dazu dienen konnte, den chinesischen Anspruch auf gleichberechtigte Mitsprache in der Weltpolitik zu untermauern. Das drückte sich beispielsweise aus in der Bereitschaft zur Kooperation im UN-Sicherheitsrat während des Golf-Krieges oder im Beitritt zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Besonders weit reichen die Zugeständnisse Chinas bei der Anpassung seiner Außenhandelsbestimmungen an die Vorgaben des Welthandelsregimes. China strebt seit 1986 eine Aufnahme in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen beziehungsweise in die Welthandelsorganisation an und hat zu diesem Zwecke beachtliche Teile seines Außenhandelssystems und seines Wirtschaftsrechts reformiert.

Diese Beispiele zeigen, daß Chinas nationale Souveränität, auf der Beijing so strikt beharrt, in Wirklichkeit schon längst porös geworden ist. Die Einbindung Chinas in das globale Interdependenzsystem schreitet mit der Integration des Landes in die Weltwirtschaft voran. Den global wirksamen Kräften der wirtschaftlichen Verflechtung sowie des technologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Wandels kann sich die chinesische Führung trotz aller Bedenken nicht mehr entziehen, wenn sie nicht den Rückfall in Isolation und Rückständigkeit riskieren will.

Aufgrund dieser Zwänge sind die Erfolgsaussichten der Strategie des "Wandels durch Handel" im Falle Chinas vielversprechend. In Teilen der Öffentlichkeit wird diese Strategie deshalb kritisiert, weil sie den Einsatz für die Menschenrechte wirtschaftlichen Interessen unterordne. Die Kritik unterschlägt jedoch einen wichtigen Punkt: Da sich der Erfolg des chinesischen Modernisierungsprogramms in besonderem Maße auf das Wachstum des Außenhandels und auf ausländische Investitionen stützt, sind die Rückwirkungen des Wirtschaftsaustausches auf Innenpolitik und Gesellschaft weitaus größer als vormalis in den vergleichsweise abgeschotteten sozialistischen Staaten Osteuropas. Mindestens ein Viertel des chinesischen Sozialprodukts wird im Außenwirtschaftssektor erwirtschaftet. Und die Überwindung der wirtschaftlichen Strukturprobleme Chinas ist nur möglich, wenn der massive Zufluß von Kapital, Technologien und Managementwissen aus dem Ausland weiter anhält.

China ist somit bei weitem "verwundbarer" durch die unerwünschten politischen Nebeneffekte intensiven Handelsaustausches als die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas. Der Westen würde sich mit einer politisch motivierten Beschneidung der Wirtschaftsbeziehungen des wichtigsten Vehikels zur Einwirkung auf China berauben. Das Engagement ausländischer Investoren im Reich der Mitte hat beispielsweise eine starke Wirkung nicht nur auf Chinesen, die unmittelbar mit westlichen Unternehmen in Kontakt kommen. Das Interesse ausländischer und in zunehmendem Maße auch innerchinesischer Unternehmer an einer funktionierenden, unparteiischen Justiz ist zugleich eine der wichtigsten Antriebskräfte für den in kleinen Schritten vorankommenden Ausbau des Rechtssystems.

Diese rechtlichen Neuerungen werden langfristig auch zu einer Eindämmung der Herrschaftswillkür führen. So kann die Einbindung Chinas in den internationalen Wirtschaftsaustausch einen beachtlichen Beitrag zur innenpolitischen Mäßigung leisten.

Perspektiven

Faktoren, die das kommunistische Regime gegenwärtig stützen, sind die anhaltende wirtschaftliche Dynamik, der im Vergleich zu früheren Jahrzehnten starke Zusammenhalt in der Beijinger Machtzentrale, die Kontrolle über Militär- und Sicherheitsapparat sowie der Mangel einer organisatorischen Alternative zur Kommunistischen Partei. Solange sich diese Voraussetzungen nicht ändern, wird ein abrupter Kollaps der politischen Ordnung wie in Osteuropa 1989 nicht stattfinden.

Die vielen ungelösten Strukturprobleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Regierungssystem aber werden zugleich kaum einen planvollen, stetigen und straff kontrollierten Modernisierungskurs erlauben, wie ihn die chinesische Führung erhofft. Von der Fülle drängender wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Fragen, die in der nahen Zukunft gleichzeitig bewältigt werden müssen, geht ein steigender Druck auf das politische System aus: Die Umstrukturierung der Staatsunternehmen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze für bis zu 200 Millionen überschüssige Arbeitskräfte, der Aufbau eines leistungsfähigen Systems der Sozialversicherung, Engpässe in Energieversorgung und Infrastruktur, die stagnierende landwirtschaftliche Entwicklung und die gravierenden Umweltzerstörungen stellen herkulische Aufgaben für die politische Führung dar.

Um diese Anforderungen unter Vermeidung größerer sozialer Unruhen zu bewältigen, benötigt China nach Einschätzung von Beijinger Ökonomen über einen längeren Zeitraum hinweg ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens acht Prozent. In China vergleicht man diesen Zwang zum Hochwachstum mit dem Ritt auf einem Tiger, von dem man nicht mehr absteigen kann: Nachdem die kommunistische Führung sich einmal auf den Übergang zur Marktwirtschaft eingelassen hat, kann sie nur noch die Flucht nach vorne antreten. Sollte sich das wirtschaftliche Wachstum in nächster Zukunft verlangsamen oder gar zum Stillstand kommen, hätte dies schwerwiegende soziale und politische Folgen. Die schon heute erheblichen sozialen Verwerfungen innerhalb Chinas könnten zu großangelegten Unruhen und sogar zu einem Zusammenbruch der Staatsordnung führen, sobald die gesellschaftlichen Spannungen nicht mehr durch breite Einkommenszuwächse, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft abgefedert werden können.

Aus den Ereignissen nach dem Kollaps der kommunistischen Herrschaft in der ehemaligen Sowjetunion sollte eine wichtige Lehre für die Chinapolitik des Westens gezogen werden: Ohne eine funktionsfähige Staatsorganisation, die ein Minimum an zivilisiertem Zusammenleben garantiert, sind die Verheißungen demokratischer Mitbestimmung, marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und sozialer Gerechtigkeit zum Scheitern verurteilt. Da Personal und Organisation der Kommunistischen Partei aber Kern und Gerüst des Regierungssystems bilden, wird der chinesische

Staat nach einem Kollaps der Partei genauso wenig funktionstüchtig sein, wie es die Staatsverwaltung in Rußland heute ist. Ein Ordnungszusammenbruch in China würde nicht nur die Entwicklungschancen des Landes zunichte machen und negative Folgen für die Bevölkerung nach sich ziehen, sondern hätte auch beträchtliche internationale Rückwirkungen: Die zu erwartenden Auswanderungswellen könnten eine Destabilisierung und sogar militärische Konflikte in der asiatisch-pazifischen Region auslösen. Da sich bis zu zweihundert Millionen Menschen an der chinesischen Völkerwanderung beteiligen könnten, würden auch die westlichen Industriestaaten von der Auswanderungswelle unmittelbar betroffen werden.

Der Westen sollte nicht auf den Zusammenbruch, sondern auf den Wandel des derzeitigen Regimes setzen. Denn das Maximalziel der Menschenrechtspolitik - die Ablösung eines repressiven Regimes durch einen demokratischen Verfassungsstaat - ist kaum realistisch. Im Falle eines Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes wird von den meisten Chinawissenschaftlern bezweifelt, daß sich eine demokratische Ordnung kurzfristig als Alternative herauschälen könnte.

Eine Chinapolitik der kleinen, aber gezielten Schritte erscheint vor diesem Hintergrund angemessener als lautstarke rhetorische Geißelungen des kommunistischen Regimes, die vor allem auf die Medienwirkung im eigenen Land abzielen und keinerlei konstruktiven Beitrag etwa zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China leisten können. Zur Mäßigung der kommunistischen Diktatur und zum politischen Wandel kann die deutsche und europäische Chinapolitik am wirkungsvollsten beitragen, indem sie den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu China mit einem beständigen, dosierten Druck in politischen Fragen verbindet.

Die Intensivierung des wirtschaftlichen Engagements und Austauschs leistet schon heute einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Liberalisierung, gesellschaftlichen Öffnung und Pluralisierung wie auch zur Modernisierung des Rechtssystems in China. Zugleich sollten sich die Staaten des Westens im Hinblick auf zukünftige Konflikte mit Beijing um eine besser abgestimmte Chinapolitik in Fragen der Menschenrechte, Handelsbeziehungen und Sicherheitspolitik bemühen: Gegenüber Beijing muß deutlicher und beständiger als bisher signalisiert werden, wo die Grenzen des international Hinnehmbaren erreicht sind. Hierzu sind Demonstrationen westlicher Geschlossenheit etwa in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, in der Welthandelsorganisation und insbesondere auch in der Taiwanpolitik notwendig. Die europäischen Staaten sind China in den letzten Jahren oft zu weit entgegengekommen und haben den Vereinigten Staaten die undankbare Rolle überlassen, Beijing in die Schranken zu weisen. Die europäische und deutsche Chinapolitik bedarf schärferer Konturen und größerer Entschlossenheit, wenn verhindert werden soll, daß Beijing politische Unentschiedenheit und wirtschaftliche Konkurrenz unter den Staaten des Westens bedenkenlos für die eigenen Interessen nutzen kann.

Oskar Weggel

Auslandschinesentum und Eigenblutimpfung: Ursachen des chinesischen Wirtschaftswunders (Teil 2)

Gliederung:

- 6 Die dreifache Mitgift des Auslandschinesentums
- 6.1 Die "Kaufmannskultur"
- 6.1.1 Gewinnorientierung und Risikobereitschaft
- 6.1.2 Organisationsdichte
- 6.1.3 Philanthropismus: Die Tradition der Wohlfahrtseinrichtungen und Stiftungen
- 6.1.4 "Übernehmertum"
- 6.1.5 "Kaufmannskultur" als Überlebenstechnik
- 6.2 Das chinesische Familienunternehmen (CFU) und der Guanxi-Kapitalismus
- 6.2.1 Standardmerkmale des chinesischen Familienbetriebs
- 6.2.2 Angebliche Schwächen des CFU
- 6.2.2.1 Unfähigkeit des CFU zur Größe?
- 6.2.2.2 Unfähigkeit des CFU zur Langlebigkeit?
- 6.2.2.3 Unfähigkeit des CFU zu Durchdringungstiefe
- 6.2.3 Wodurch unterscheidet sich das auslandschinesische CFU von einem westlichen Standardbetrieb?
- 6.2.3.1 Westliche Hauptkriterien...
- 6.2.3.2 ...und die Abweichungen des CFU
- 6.2.3.2.1 Die Wirtschaftsmotivation
- 6.2.3.2.2 Wenig Trennung zwischen Privat- und Arbeitssphäre
- 6.2.3.2.3 Informalität - und ihre Konsequenzen
- 6.2.4 Der CFU-Hintergrund: Die "ganz normalen" Tugenden eines respektablen Kaufmanns
- 6.2.4.1 Sparsamkeit und Ersparnisbildung
- 6.2.4.2 Lernbereitschaft
- 6.2.4.3 Freiheit von wirtschaftlichen Tabus
- 6.2.4.4 Korporatismus
- 6.2.4.4.1 Der Dialog
- 6.2.4.4.2 Bereitschaft zur Einfügung
- 6.2.4.4.3 Bereitschaft zu "unpolitischem" Verhalten
- 6.2.4.5 Glaube an die eine Welt
- 6.3 Netzwerkperfektionierung
- 6.3.1 Die "Sandhaufen"-Hypothese Sun Yixians
- 6.3.1.1 Nicht "Sandhaufen", sondern "Gitter und Stäbe" (tiaokuang)
- 6.3.1.1.1 Die gesellschaftliche Wirklichkeit zu Hause: Schutz- und Trutzbündnisse
- 6.3.1.1.2 Zusammenschlüsse erst recht im Ausland
- 6.3.2 Das Erlebnis der Fremde und die Suche nach Geborgenheit: zwei Biographien
- 6.3.2.1 Die Biographie des "S.": vom "Sinkheh" zum "Laokheh"
- 6.3.2.2 Lebenslauf 2: von "Lim" zu "Hartono"
- 6.3.3 "Vereinsmeierei", wohin man blickt
- 6.3.3.1 Netzwerk-Varianten
- 6.3.3.2 Legale "Vereins"-Spielarten
- 6.3.3.2.1 Clan- und Namensorganisationen
- 6.3.3.2.2 Landsmannschaftliche Vereinigungen
- 6.3.3.2.3 Religiöse Vereinigungen - und Mazu-Kulte
- 6.3.3.2.4 Berufsvereinigungen
- 6.3.3.2.5 Geheimbünde
- 6.3.3.3 Die "dunklen Vereinigungen" als Paradedfälle der Netzwerkverdichtung